

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(91. - öffentliche - Sitzung am 29. Oktober 2020)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss beschloss, eine zusätzliche Sitzung am 3. November vorzusehen. Die für den 5. November in Aussicht genommene Sitzung soll gegebenenfalls entfallen.

1. **Moria mahnt: Geflüchtete aufnehmen und Lager auflösen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7511](#)

dazu: Eingabe 02063/02/18

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung der Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde Lutter am Barenberge und der Stadt Langelsheim, Landkreis Goslar**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/7573](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs und besprach Verfahrensfragen. Er nahm in Aussicht, die Beratung in der für den 3. November vorgesehenen zusätzlichen Sitzung abzuschließen, um das November-Plenum zu erreichen.

3. **Rechtes Netzwerk in der Polizei NRW muss auch in Niedersachsen Konsequenzen haben**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7544](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er verständigte sich darauf, die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu dem Antrag zu bitten.

4. **Gewalt gegen Kinder: Kinderschutz weiterentwickeln - Beratung stärken!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/5640](#)

Der Ausschuss, der vom federführenden Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um Stellungnahme zu Nr. 15 des Antrags im Hinblick auf deren Auswirkungen auf das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz gebeten worden war, beriet über den Antrag und beschloss, dem federführenden Ausschuss anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift über die heutige Sitzung zu übersenden.

5. **Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung über den Brandanschlag auf das ehemalige Bahnhofsgebäude in Ganderkesee**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

6. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2021**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/7357](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch und empfahl dem federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen keine Änderungen.